

Niemand verläßt seine Heimat ohne Not“

172 - 20. 10. 1992
enheimer VG-Chef Krämer will Bürger über Asylbewerber informieren / Nackenheim als positives Beispiel



Welle der Hilfsbereitschaft umfing Anfang 1991 die Asylbewerber, der Überfüllung der ZAST Ingelheim in Nackenheim unterge-
n. Es geht also auch anders als in Hoyerswerda. Bild: Archiv

wbl. VG BODENHEIM — „Natürlich weiß ich, daß es in der Bevölkerung Kritik an der großen Zahl von Asylbewerbern gibt, die nach Deutschland kommen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß niemand seine Heimat ohne Not verläßt und in ein für ihn fremdes Land geht, ohne recht zu wissen, was ihn dort erwartet. Immer sind Verfolgung, Krieg, Not oder Hunger die Ursache.“ Gerhard Krämer, der Bürgermeister der VG Bodenheim, wendet sich um Verständnis wendend in einem offenen Brief an seine Mitbürger. Mit Blick auf eine zu erwartende Zuteilung von Asylbewerbern für die VG Bodenheim appelliert Krämer an alle Bürgerinnen und Bürger, die Asylsuchenden offen und ohne Vorbehalte aufzunehmen, so wie es in Nackenheim bereits vor einigen Monaten geschehen ist.

Krämer will bereits im Vorfeld einer solchen Zuteilung über die voraussichtliche Entwicklung in der VG Informationen geben. Geschehen soll dies im Rahmen einer Bürgerversammlung, die für Donnerstag, 29. Oktober, ab 19 Uhr im Sitzungssaal des VG-Rathauses vorgesehen

ist. Kompetente Gesprächspartner mit Erfahrung in der Aufnahme und Betreuung Asylsuchender sollen zu Verfügung stehen.

Wie wichtig ein solcher Informationsabend sein könnte, zeigen die in der VG Bodenheim kursierenden auf Fehlinformation beruhende Gerüchte. Denen zufolge müsse Bodenheim mit 700 Asylsuchenden rechnen, die allesamt in Container an noch nicht bekanntem Platz untergebracht würden. Von der AZ darauf angesprochen, versicherte Bürgermeister Krämer, daß nach den zugrundeliegenden Zahlen des Jahres 1991 die VG Bodenheim maximal 60 Asylbewerber pro Jahr aufnehmen müßte. Da die Zahl der Bewerber aber zurückging, seien selbst die 60 schon zu hoch gegriffen. Krämer hält es hingegen für realistisch, daß das der VG gehörende Haus in der Jahnstraße ausreicht, alle zugeteilten Asylsuchenden zu beherbergen. Erst wenn dies nicht ausreiche, werde man auf Container zurückgreifen müssen, da bislang alle Anmietversuche privaten Wohnraums an den „unverschämten“ Forderungen der Eigentümer scheiterten.